

---

**40/A(E) XXVII. GP**

---

**Eingebracht am 13.11.2019**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

der Abgeordneten Eva-Maria Holzleitner, BSc, Philip Kucher,  
Genossinnen und Genossen

### **betreffend Kindergesundheit: Gute Gesundheit beginnt im Kindesalter**

Zahlreiche Studien belegen: Die ersten Jahre im Leben eines Kindes sind entscheidend für den späteren Gesundheitszustand eines Menschen. Umso wichtiger ist eine erstklassige öffentliche Gesundheitsversorgung, denn die Gesundheit unserer Kinder darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Kinder haben laut UN-Konvention über die Rechte des Kindes ein Recht auf einen guten Start in ein gesundes und glückliches Leben, jedes Kind soll von Anfang an die Chance auf ein richtig gutes Leben bekommen.

Dafür muss gewährleistet werden, dass alle Kinder, die in unserem Land sind, gesundheitsversichert und sozialversichert sind. Wir wissen, dass es in der Biografie von Familien immer wieder dazu kommt, dass zumindest temporär einzelne Familienmitglieder ohne Versicherung sind. Das darf nicht sein.

Gerade bei wichtigen Therapieangeboten im Bereich der Ergotherapie oder Psychotherapie gibt es in Österreich große Versorgungslücken. Schätzungen zufolge fehlen rund 60.000 bis 80.000 klassenfinanzierte Therapieplätze. Dabei sind gerade Plätze in den Bereichen Logotherapie, Ergotherapie und Psychotherapie dringend notwendig. Auch die Versorgung von autistischen Kindern ist im internationalen Vergleich in Österreich unterbelichtet. Wir brauchen daher so rasch wie möglich einen kostenfreien und ausreichenden Zugang zu diagnostischen und therapeutischen Leistungen für Kinder.

Das Bekenntnis zur Stärkung der Kindergesundheit beinhaltet auch mehr Stellen für KinderärztInnen und bessere Verträge für KinderärztInnen. Es muss eine flächendeckende Versorgung gewährleistet werden, Wartezeiten dürfen künftig 15

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

Minuten nicht überschreiten. Kinderarztstipendien sollen die Entscheidung von angehenden ÄrztInnen, sich der Kindergesundheit zu widmen, erleichtern. KinderärztInnen sollen künftig auch verstärkt in Primärversorgungszentren tätig sein.

Um die Gesundheit der Kinder in Österreich wesentlich zu verbessern, muss der Mutter-Kind-Pass erweitert werden, wobei insbesondere verpflichtende Zahnarztbesuche ab dem 3. Lebensjahr aufgenommen werden sollen. Kontrollbesuche und Kariesprävention können dadurch sichergestellt werden.

Auch die Zahngesundheit von Kindern gehört in den Mittelpunkt gerückt, denn richtige und frühe Zahngesundheitsvorsorge hilft spätere Schäden, Kosten und Schmerzen zu vermeiden. Aus diesem Grund sollen Zahnarztbehandlungen bis zum 23. Lebensjahr von den Krankenkassen übernommen werden, die jährliche Gratis-Mund-Hygiene vom 6. bis zum 23. Lebensjahr in Anspruch genommen werden können.

Für ein gesundes Leben ist der Aspekt der umfassenden Prävention enorm wichtig. Investitionen in Beratung, Aufklärung, Bewegungsförderung, Zugang zu gesundem Essen usw. sind im Endeffekt billiger, als die Spätfolgen und chronischen Erkrankungen im Erwachsenenalter zu behandeln. Als ein best practise in diesem Bereich, das endlich auf das ganze Bundesgebiet ausgerollt werden sollte, sind die Frühen Hilfen zu nennen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### **Entschließungsantrag**

Der Nationalrat wolle beschließen:

“Die Bundesregierung wird ersucht, das Thema Kindergesundheit stärker ins Zentrum der Gesundheitspolitik zu rücken und nachstehende Maßnahmen umzusetzen:

- kostenfreier und ausreichender Zugang zu diagnostischen und therapeutischen sowie medizinischen und zahnmedizinischen Leistungen im Kindes- und Jugendalter;
- Start einer österreichweiten Kinderarzt-/KinderärztInnen-Offensive:
- Erweiterung des Mutter-Kind-Passes:
- Präventionsprogramme ausbauen, z.B. gegen Kinderzahnschäden;
- gesundes Gratismittagessen für alle Kinder in Bildungseinrichtungen.

*In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gesundheitsausschuss vorgeschlagen.*